

INHALT

	Einleitung	9
Kapitel 1	Die Hinrichtung Emmanuel Macrons	20
Kapitel 2	Putin ist nicht das Problem	26
Kapitel 3	Der zerschlagene Topf	42
Exkurs	Frankreich ist nicht nur der Sündenbock	58
Kapitel 4	Stumpfe Waffen	66
Kapitel 5	Strahlende Zukunft	87
Exkurs	Postkolonialismus	105
Kapitel 6	Der Pakt mit den Jägern	112
Kapitel 7	Urlaub in Mali	125
Exkurs	Geopolitik im Sahel	154
Kapitel 8	Der Transportunternehmer	178
Kapitel 9	Millionen für Kamele	192
Kapitel 10	Raubfischkapitalismus	210
Kapitel 11	Träume	223
Exkurs	Generäle an der Macht	237
Kapitel 12	Die entfesselte Demokratie	250
	Nachwort	262
	Anmerkungen	264

EINLEITUNG

Soldaten, die Präsidenten stürzen. Nirgends geschah das so oft wie in Afrika. Seit der Mitte des vergangenen Jahrhunderts kam es zu mehr als 100 Putschen auf dem Kontinent¹. In den ersten Jahrzehnten, nach denen die Staaten ihre Unabhängigkeit von ihren früheren Kolonialmächten erklärt hatten, in den 1960er-, 1970er- und 1980er-Jahren, gehörte der gewaltvolle Griff nach der Macht durch das Militär fast schon zum politischen Alltag.

Menschen auf dem Kontinent fragten sich, ob ihre jungen Demokratien auf dem richtigen Weg seien, ob sie bald Stabilität und Rechtsstaatlichkeit genießen könnten und in größerem Wohlstand leben würden. Vielleicht eines Tages gar wie ihre Nachbarn in Europa. Es gab Zweifel und Hoffnung. In den 1990er-Jahren schien sich die Hoffnung durchzusetzen².

In vielen afrikanischen Staaten ging es von der Mitte der 1990er-Jahre an wirtschaftlich voran³. Mehrere Staaten zählten bald gar zu den am schnellsten wachsenden Volkswirtschaften der Welt. Weniger Hunger, weniger Kriege. Mehr Einschulungen, erfolgreiche Impfkampagnen und eine bessere medizinische Versorgung. Und: immer häufiger Wahlen in Mehrparteiensystemen. Es gab einen zarten Aufwärtstrend.

In diesem etwas sanfteren sozialen Klima nahm mit der Jahrtausendwende auch die Zahl der Staatsstreiche ab. Die Epoche der Coups d'État, der Putsche, sie schien überwunden. Doch das war sie nicht.

In der Sahelzone, dem Übergang der Sahara-Wüste im Norden in die Savannen weiter im Süden des Kontinents, entlud sich in den 2010er-Jahren Gewalt in einem bis dahin ungekannten Ausmaß. Islamistische Terroristen verübten nicht nur vereinzelt Anschläge oder entführten Zivilisten, sie eroberten ganze Landstriche. Sie zwangen den Menschen die Scharia auf, das islamische Recht. Sie verboten Musik, sie pressten den Menschen die Zakat ab, eine religiöse Steuer. Wer sich den Dschihadisten widersetzte, musste sterben.

Die Sicherheitskräfte der Sahel-Staaten hatten der Gewalt wenig entgegenzusetzen. Auch die Hilfe ihrer Partner aus dem Ausland konnte sie nicht eindämmen. Mehr als 5.000 französische Soldaten waren im Sahel im Einsatz, mehr als 10.000 Blauhelme der Vereinten Nationen, darunter zeitweise bis zu 1.400 Angehörige der Bundeswehr allein in Mali. Hinzu kamen US-Kräfte samt einem Arsenal an modernen Drohnen. Doch sie alle verhinderten nicht, dass sich die Bedrohung der Dschihadisten von Mali nach Burkina Faso und Niger, zuletzt gar vom Zentrum der Sahelzone bis an den Golf von Guinea ausbreitete.

Die Zahl der Todesopfer der Gewalt stieg Jahr für Jahr. Ein blutiger Rekord nach dem anderen. Allein 2023 starben in der Region mehr als 13.000 Menschen in diesem Konflikt. Darunter fast 5.000 einfache Bürgerinnen und Bürger⁴. Die Sahelzone hat den Nahen Osten als Epizentrum des islamistischen Terrors abgelöst⁵.

Die Gewalt der Dschihadisten ging einher mit organisierter Kriminalität. Phänomene, die einander oft ermöglichen und durchdringen. Der Drogen- und Waffenhandel florierte. Banden zogen durch den Sahel, sie nahmen sich, was sie wollten. Alte, teils ethnisch aufgeladene Konflikte um Ressourcen, die sich einst noch lokal eindämmen ließen, eskalierten.

Die Gewalt hatte viele Gründe. Sie nahm auch zu, weil die Menschen im Sahel mehrere Härten gleichzeitig trafen. Die Klimakrise erfasste die ohnehin von Dürren geplagte Sahelzone mit besonderer Wucht. Eine zu schnell wachsende Bevölkerung vergrößerte die Konkurrenz um immer weniger fruchtbaren und sicheren Boden. Eine vielschichtige Krise in einer der ärmsten Regionen der Welt.

Millionen von Menschen wurden zu Binnenvertriebenen. Regionen, die zuvor noch Touristen aus aller Welt angezogen hatten, waren plötzlich rote Zonen. Die Wirtschaft in den Sahel-Staaten kollabierte. Menschen hungerten. Einige verhungerten.

Die Staaten entwickelten sich rückwärts. Und niemand war da, um die Entwicklung aufzuhalten. Geschweige denn, ihre Wurzeln zu bekämpfen. Die Institutionen der Länder waren schwach, in weiten Teilen des Sahel kaum präsent. Dort, wo sie sich zeigten, verwalteten sie meist schlecht, waren korrupt, unfähig, unmotiviert. Auf die Probe gestellt, implodierten sie. Viele Menschen mussten fast ohne staatliche Strukturen allein zurechtkommen. Und sie fragten sich: Wie konnte es sein, dass ihre Sicherheitskräfte selbst mit der Hilfe der mächtigsten Armeen der Welt nicht in der Lage waren, die Gewalt zu stoppen? Wie konnte es sein, dass ihre Institutionen mehr als ein halbes Jahrhundert nach der Gründung der Staaten derart schwach geblieben waren? Ihre Wirtschaften so fragil, dass sie keine Krise überstanden, ohne Menschen in den Hungertod zu treiben? Etwas stimmte nicht, etwas Grundsätzliches. Da waren sie sich sicher.

Wut und Enttäuschung wuchsen. Vielen Menschen ahnten längst, dass ihnen in all den Jahren seit den Unabhängigkeitserklärungen 1960 etwas vorgemacht worden war. Waren sie das wirklich: unabhängig? Lebten sie wirklich in

souveränen Staaten, in liberalen Demokratien, in denen das Wort der Bürgerinnen und Bürger etwas zählt? Wollten die Partner im Ausland ihnen wirklich helfen?

Etliche Menschen fühlten sich betrogen. Um ihre Chancen auf ein besseres Leben. Sie fühlten sich missbraucht von ihren Präsidenten, die, so sahen sie es, nur ihre eigenen Interessen im Sinn hatten. Von ihren früheren Kolonialherren fühlten sie sich ausgebeutet. Weil die gern über Demokratie und Rechtsstaatlichkeit sprachen, aber mit genau diesen zweifelhaften Präsidenten zusammenarbeiteten. Nicht um zu helfen, sondern um mit ihnen zusammen zu plündern.

Nicht wenige im Sahel glaubten, dass ihre Staaten Fassaden-Demokratien sind, die nur noch eines retten kann: ein radikaler Neuanfang. Oft gab es in der kurzen Geschichte nach den Unabhängigkeitserklärungen der Nationen schon Initiativen dafür. Am Willen und an den Ideen fehlte es nicht. Nur konnten sie sich nicht durchsetzen.

Plötzlich waren sie dann wieder da: die Soldaten, die Präsidenten stürzen. 2020 putschen Militärs in Mali. 2022 in Burkina Faso. 2023 in Niger. Weitere Putsche kamen hinzu.

Vom Atlantik im Westen bis zum Roten Meer im Osten des Kontinents ist ein Streifen Land entstanden, in dem Soldaten das Sagen haben. Rund 3.500 Kilometer ist dieser Streifen breit. Das weltweit längste zusammenhängende Territorium unter Militärherrschaft.

Die Soldaten, die im Zentrum der Sahelzone die Macht ergriffen, rechtfertigten ihre Staatsstreiche alle mit demselben Argument. Sie warfen ihren Präsidenten und deren Partnern aus dem Ausland vor, bei der vielleicht wichtigsten Aufgabe der Staatsführung zu versagen: der Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger. Sie erklärten den Krieg gegen

den Terror, den ihre Regierungen mit internationaler Hilfe führten, für gescheitert.

Doch mit den Putschen keimte in den Gesellschaften des Sahel etwas auf, das viel größer war als nur der Widerstand gegen eine gescheiterte Sicherheitspolitik. Es keimte etwas auf, das epochale Ausmaße annehmen könnte: der Mut der Menschen, ihre alten politischen Systeme zu zerstören, mit allen denkbaren Mitteln.

Nach den Putschen gingen in Mali, Burkina Faso und Niger Tausende auf die Straßen. Sie trauerten nicht um ihre gestürzten Staatschefs. Sie erklärten sie zum Feind. Und mit ihnen deren Partner in Europa, Männer wie Emmanuel Macron, den Präsidenten Frankreichs. Vor allem die Wut über die ehemalige Kolonialmacht war gewaltig. Doch vielen Menschen in der Region war bewusst, dass andere Staaten in Europa Frankreich im Sahel politisch hinterhertrotten. Auch Deutschland. Sie sahen, dass die vielen Milliarden Euro, die in den Bundeswehreinsatz in Mali flossen, letztlich verpufften. Dass weitere Milliarden, die mit der Entwicklungszusammenarbeit kamen, keinen entscheidenden Unterschied machten. Wie war das möglich?

Spätestens seit sich die Bundesregierung mit Verve dafür einsetzt, Migration nach Europa schon in Afrika zu stoppen, ist den Menschen auf dem Kontinent klar, dass auch Deutschland kein selbstloser Akteur in der Region ist, sondern Interessen hat und zu vielem bereit ist, um sie zu sichern. Wenn es sein muss, auch auf Kosten der Bürgerinnen und Bürger in der Region.

Nicht alle, aber viele Menschen im Sahel stellten sich demonstrativ hinter die Putschisten. Und sie forderten von ihnen nicht nur eine neue Sicherheitspolitik, sie erwarteten jenen radikalen Neuanfang, der sie endlich befreien sollte aus ihrer Lage. Ihr Ziel: das Ende der Fassaden-Demokra-

tien, das Ende der ausbeuterischen Allianzen mit den früheren Kolonialmächten. Von vorn beginnen.

Die Wucht der Massen war groß. Die Soldaten mussten, ob sie es wollten oder nicht, das Schlagwort der »Souveränität«, der echten Unabhängigkeit ihrer Staaten, zum Schlachtruf ihrer Herrschaft machen. Eine Eskalationsspirale entstand. Die Menschen auf den Straßen stachelten die Soldaten an und die Soldaten die Menschen. Der Ruf dieser Bewegung hallte bis über die Sahelzone hinaus nach. Eine Ikone der Postkolonialen Theorien, der Historiker Achille Mbembe aus Kamerun, beschrieb die Serie der Coups d'État im Sahel als den nächsten großen Schritt in der Dekolonisierung Afrikas, als die Vollendung des Unabhängigwerdens. »Afrika tritt in eine neue historische Epoche ein«, sagt er⁶.

Die neuen Militärherrscher im Sahel setzten die Forderungen vieler Afrikanerinnen und Afrikaner mit einer Radikalität um, die Beobachterinnen und Beobachter überraschte, nicht wenige erschreckte. Vor allem der Bruch der Junten mit dem sogenannten Westen verlief in einem bemerkenswerten Tempo. In Mali verschlechterten sich die Beziehungen zwischen der Militärregierung und einstigen Partnern so sehr, dass sich die Soldaten aus Frankreich und die Truppen der Vereinten Nationen gezwungen sahen abzuziehen. Zusammengenommen mehr als 15.000 Soldatinnen und Soldaten in kaum drei Jahren.

Die Junten in Mali, Burkina Faso und Niger erklärten ihren Austritt aus dem regionalen Bündnis Ecomog, dem sie nachsagen, vom Westen kontrolliert zu sein. Stattdessen gründeten sie eine Konföderation und vertieften ihre Beziehungen zu anderen Partnern. Zu Russland, wenn es um das Thema Sicherheit geht. Aber auch zu Nationen wie der

Türkei. Und nicht nur beim Thema Sicherheit fanden sie Alternativen zu Europa. Die Soldaten, die ihre Präsidenten gestürzt haben, glauben, dass auch in der Wirtschaftspolitik die Stunde für bessere Deals geschlagen hat. Ihr Griff nach der Macht fällt schließlich in eine Zeit, in der das globale Ringen um Einflussphären an die Zeiten des Kalten Krieges erinnert. Die Generäle und Offiziere im Sahel erwarten, von allen umgarnt zu werden, jetzt, da ihre Länder nicht mehr klar an Europas Seite stehen.

Noch ist kaum abzusehen, wohin dieser Weg führt. Im Sommer 2024, am Ende der Recherche für dieses Buch, steckt die Region mitten in einem Prozess mit offenem Ausgang. Tag für Tag ändern sich die Dinge, immer wieder kommt es zu Ereignissen, die neue Lesarten ermöglichen. Handelt es sich bloß um einen Moment oder den Beginn einer Entwicklung? Sind die Geschehnisse Teil eines alten Prozesses oder ein historischer Bruch? Ein Bruch oder eine Entwicklung hin zu was? Der Boden, auf dem Prognosen jetzt fußen, ist in permanenter Bewegung.

Hinzu kommt: Mit jedem Tag wird es schwieriger, verlässliche Informationen aus der Region zu bekommen. Es gab nie viele anerkannte, unabhängige Quellen im Zentrum der Sahelzone. Nach den Putschen wurden sie noch seltener. Angesichts der schwierigen Sicherheitslage sind einige Landstriche für Journalistinnen und Journalisten, für Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler schon seit Jahren kaum noch zugänglich. Auch die eigentlich äußerst lebendige Zivilgesellschaft geriet unter Druck. Denn die Soldaten an der Macht bauten vehement ihre Herrschaft aus. Das Zentrum der Sahelzone entwickelt sich zu einer Black Box – zu einem Gebilde, über das es viele Annahmen gibt, aber wenig gesicherte Erkenntnisse.

Führen die Coups d'État am Ende zu noch mehr Unfrei-

heit und noch mehr Unterdrückung? Amnesty International und andere Menschenrechtsorganisationen beklagten zum ersten Jahrestag des Putsches in Niger ein hartes Vorgehen der Militärs gegen die Opposition, die Zivilgesellschaft und unabhängige Medien. Sie warfen den Generälen vor, politische Gegner zu inhaftieren und Regeln der Rechtsstaatlichkeit zu missachten. Versprechen zum Kampf gegen Korruption seien nicht eingelöst worden. Noch düsterer fällt das Urteil von Menschenrechtsorganisationen für Burkina Faso und Mali aus. Und trotzdem scheinen die Putschisten im Sahel Rückhalt in der Bevölkerung zu haben. In Mali, wo die Soldaten am längsten an der Macht sind, glauben die meisten Menschen Umfragen zufolge noch daran, dass ihr Staat auf dem richtigen Weg ist, dass Rückschritte bei der persönlichen Freiheit Teil des ersehnten Wandels sind⁷. Aus Burkina Faso und Niger gibt es keine vergleichbaren Befragungen. Doch nicht nur in Mali sagen die meisten Menschen, die man zufällig auf der Straße trifft, dass sie bereit sind, es darauf ankommen zu lassen. Sie lassen sich auf die Risiken ein, die von der Militärherrschaft ausgehen. Sie gehen mit bei der Wette auf einen besseren Deal im geopolitischen Gerangel. Dabei ist ein Satz immer wieder zu hören: »Wir haben ja nichts mehr zu verlieren.«

Als im Sahel ein Präsident nach dem anderen gestürzt wurde, dem Westen ein Partner nach dem anderen entglitt, begannen auch in Paris, Berlin und Brüssel Debatten darüber, welche Tragweite diese Entwicklungen haben könnten. Bei Mali, Burkina Faso und Niger handelt es sich schließlich um Schlüsselstaaten. Beim Thema Sicherheit, beim Thema Migration, beim Kampf gegen die Klimakrise. Als sicher gilt zudem: Die Bevölkerung des Kontinents wird global an Bedeutung gewinnen. Nicht zuletzt, weil sie so viel schneller

wächst als die Europas. Schon jetzt ist von der »alten Welt« und dem »jungen Afrika« die Rede⁸. Kann den Europäerinnen und Europäern egal sein, was mehr als eine Milliarde Menschen auf ihrem Nachbarkontinent über Frankreich, Deutschland oder Belgien denken?

Lange wurden derartige Fragen vor allem unter Politikern und Experten diskutiert. Die breite Öffentlichkeit trieben sie selten um. Doch wenn der Historiker Mbembe recht behält, sollten sie das. Wenn die Serie der Coups d'État ein historischer Moment ist, wenn die Putsche tatsächlich ein weiterer Schritt in der Dekolonialisierung Afrikas sind, dann kann das nicht nur ein Schritt für Afrika sein.

Nach dem Putsch in Niger im Juli 2023 entstand ein kurzes Zeitfenster, in dem die Sahelzone Schlagzeilen in Europa machte und tatsächlich auch die breitere Öffentlichkeit beschäftigte. Wieder ein gestürzter Präsident, wieder Tausende Afrikanerinnen und Afrikaner, die Putschisten bejubeln. Wieder ein Militärregime, das sich gegen seine alten Partner im Ausland wendet. Für die meisten Menschen in Europa sah es so aus, als würde in Afrika das westliche Modell der liberalen Demokratie feierlich zu Grabe getragen. Redaktionen und ihre Leser ahnten vielleicht, dass dort etwas Großes geschieht. Doch die Aufmerksamkeit der Menschen hielt nur ein paar Wochen an. Und die Debatte kreiste in dieser Zeit vor allem um eine Frage: Steckt Russland hinter den Putschen und dem Aufbegehren der Massen? Ist die Serie der Coups d'État bloß ein Propaganda-Erfolg Wladimir Putins, des russischen Präsidenten?

Während viele Europäerinnen und Europäer Afrika lange nur als Faktor im bis zur Obsession diskutierten Thema Migration wahrgenommen hatten, sahen sie die Entwicklungen im Sahel nun vor allem als Facette eines neuen Ost-West-Konfliktes. Und dann dominierten wieder andere

Themen die Nachrichten. Der Krieg in der Ukraine, der im Nahen Osten. Schnell machten die meisten Menschen in Europa weiter, als wäre nichts gewesen, als wäre in Afrika wieder alles in gewohnter Ordnung. Oder in gewohnter Unordnung. Afrika hat schließlich den Ruf, ein Kontinent in permanenter Krise zu sein.

Haben sich die Menschen in Europa in diesem kurzen Zeitfenster die Frage gestellt, worum es den Afrikanerinnen und Afrikanern geht? Haben sie darüber nachgedacht, ob die einstigen Kolonialherren wirklich nur so getan haben, als würden sie ihre früheren Besitztümer »in die Unabhängigkeit entlassen«? Haben die Europäerinnen und Europäer innegehalten, um zu prüfen, ob sie sich vielleicht selbst etwas vormachen? Interessierte sie das überhaupt?

Zu Beginn des 21. Jahrhunderts unterscheidet sich der Blick der Menschen in Europa und Afrika mitunter grundlegend, der Blick auf die Welt und auf sich selbst. Das gilt, obwohl sich die Kontinente eigentlich so nah sind, obwohl sie eine lange gemeinsame Geschichte verbindet. Noch ist nicht absehbar, ob diese Entfremdung fortschreitet. In Deutschland lösten die Putsche und die Proteste Tausender Afrikanerinnen und Afrikaner teils Unverständnis aus. Und Abwehrreaktionen. Die vom Militär gestürzten Präsidenten galten in der europäischen Politik als legitime Staatsscheffs, die neuen Machthaber als suspekt. Immer wieder war die Rede von Desinformationskampagnen angesichts der antikolonialen Stimmung, von fehlgeleiteten Massen, von Populismus. Doch so einfach ist das nicht.

Die Menschen, die da in Afrika auf die Straßen gehen, haben viele Argumente auf ihrer Seite, wenn sie von Fassaden-Demokratien in ihren Heimatländern und ausbeuterischen Allianzen mit Politikern in Europa sprechen. Sie haben auch Argumente auf ihrer Seite, wenn sie eine ge-

scheiterte Sicherheitspolitik beklagen oder eine Entwicklungszusammenarbeit, die kaum greifbare Erfolge vorweisen kann. Viele äußern harsche Kritik, doch gelingt es den allermeisten trotzdem, sehr klar zu differenzieren: Ihre Wut richtet sich nicht gegen Franzosen, Deutsche oder Belgier, nicht gegen Individuen. Sie richtet sich gegen die Politik von Regierungen. Ihr Zorn gilt alten Strukturen, die bis in die Gegenwart reichen. Sie sind empört über eine dominierende Geschichtsschreibung, in der Afrikanerinnen und Afrikaner kaum ein Mitspracherecht hatten.

Es gibt auch gute Gegenargumente. Doch in Europa war in den vergangenen Jahren nur selten die Bereitschaft zu erkennen, den Menschen in Afrika überhaupt richtig zuzuhören. Das hätte bedeutet, die Kritik am Status quo nicht gleich abzuschmettern, um das eigene Welt- und Selbstbild zu wahren. Einen Perspektivwechsel wagten die wenigsten – also den Versuch, die Dinge aus der Sicht von Menschen in Mali, Burkina Faso oder Niger zu betrachten.

Frankreich hat sich in großen Teilen der Bevölkerungen im Sahel auf absehbare Zeit als Partner disqualifiziert. Zu verwoben ist die gemeinsame, schmerzhaft und mitunter blutige Geschichte. Für Deutschland aber ist es womöglich noch nicht zu spät. Bis heute sprechen Menschen in Mali davon, dass es die Bundesrepublik war, die ihre Unabhängigkeit 1960 als erster Staat offiziell anerkannt hat. Bis heute gibt es vieles an Deutschland, was sie bewundernswert finden. Nur schwindet dieses Image. Mehr denn je sehen Afrikanerinnen und Afrikaner auch in Deutschlands Politik Doppelzüngigkeit und Bigotterie.